

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heusaallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 405  
Telefon: (0 22 21) 21 90 35/38  
Telex: 08 86 848-48 ppbn d



## Inhalt

Egon Lutz MdB glossiert  
die Furcht der Ärzteschaft  
vor einer Ärzteschwenne.  
Seite 1/2

Alfons Bayerl MdB/MdEP  
wirft den Christdemokra-  
ten, Kommunisten und Libe-  
ralen im Europäischen  
Parlament vor, der parla-  
mentarischen Demokratie  
einen schlechten Dienst  
erwiesen zu haben.  
Seite 3

Annemarie Renger, Vizeprä-  
sidentin des Bundestages,  
erinnert an Schumachers  
Nein zu einem Bund Deut-  
scher Länder vor 30 Jahren.  
Seite 4/6

### Dokumentation

Gemeinsame Erklärung der  
SPD-Kandidatinnen zur er-  
sten Direktwahl des Euro-  
päischen Parlaments.  
Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godeberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

34. Jahrgang / 78

24. April 1979

Hilfe, die Ärzte-Schwenne naht!

Von Egon Lutz MdB  
Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und  
Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Eine Katastrophe steht ins Haus, wenn man den Cassandra-  
Rufen einiger maßgeblicher Ärztfunktionäre Glauben schen-  
ken darf, die in diesen Tagen wieder einmal den Puls  
der Nation gefühlt haben. Es ist nicht etwa die Sorge,  
daß sich der Gesundheitszustand der Bundesbürger weiter  
verschlechtern könnte, diesmal droht die Gefahr, daß  
die Bundesrepublik von einer Medizinerschwenne ohneglei-  
chen überspült wird. Und bei zu viel Heilkundigen muß  
ja wohl auch der gesündeste Bundesbürger krank werden.

Und so schwemmen sich die Ärzte an: Erst einmal, so  
klagen ihre Funktionäre, würden doppelt so viele Medi-  
ziner ausgebildet, als wir in unserem Lande benötigen.  
Das führe dazu, daß im Jahr 2000 auf 217 Bürger ein Arzt  
entfalle, während sich derzeit wenigstens noch 427 in  
die Obhut eines Mediziners teilen müßten. Das ginge  
vielleicht noch. Die Katastrophe sei aber noch viel greu-  
lich abscheulicher, lamentieren die Standesfunktionäre.  
Ab 1. Juli 1990 nämlich stehe es allen in den Ländern  
der Europäischen Gemeinschaft ausgebildeten Ärzten frei,

sich in einem der Mitgliedstaaten nach eigener Wahl niederzulassen. Und da Deutschlands Ärzte die bestbezahlten in der ganzen Welt sind, mutmaßt man, daß sie sich alle in die Bundesrepublik drängen würden.

Au weia! Draußen vor der Tür warten 102.000 in Frankreich derzeit studierende Jungmediziner und in Italien sind es sogar 179.000. Die Europäische Kommission läßt am Termin 1980 nicht rütteln und sie hält auch nichts von dem listigen Ausweg, den die deutschen Ärztepäpste vorschlagen, daß nämlich jeder nicht hier ausgebildete Arzt eine Zusatzprüfung machen müsse, ehe er sich in unseren einträglichen Gefilden niederlassen dürfe.

Also, so sagen die Ärzte, werde bei uns demnächst mit absoluter Sicherheit das gesamte Gesundheitssystem zusammenbrechen. Die Krankenkassen könnten die hereinströmenden und zuwachsenden Ärzte gar nicht mehr angemessen honorieren. Ein totaler Kollaps sei die Folge.

Mitbürger, hütet Euren Puls vor fremdländischen Heilkundigen! Laßt Euch das Blut nur in einer garantiert deutschen Kassenarztpraxis abzapfen! Vergewissert Euch hinter dem Röntgenschirm, wer da vor demselben mit welcher Zunge spricht! Und ratet Euren Söhnen und Töchtern jetzt schon ab, das Medizin-Studium zu beginnen. Sie werden alle miteinander nach erreichten akademischen Weihen zu Taxifahrern umgeschult werden müssen. Hütet Eure Krankenscheine wie Euren Augapfel. Die Zeit ist nahe, an dem Ihr in Eurer örtlichen Tageszeitung inserieren könnt: "Vierköpfige Familie, noch nicht festgelegt, sucht aufopferungsbereiten Hausarzt. Vorstellung zwischen 16.00 und 18.00 Uhr erbeten. Bewerbung um unsere Krankenscheine zwecklos!"

(-/24.4.1979/hi/oa)

+ + +

Schlechter Dienst an der parlamentarischen Demokratie

-----  
Christdemokraten, Kommunisten und Liberale im Zusammenspiel

Von Alfons Bayerl MdB und MdEP

Mit Betroffenheit stellen wir fest, daß Christdemokraten, Kommunisten und Herr Bangemann (FDP) in schöner Eintracht im Europäischen Parlament am Dienstag den Dringlichkeitsantrag der Sozialisten zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie in der Europäischen Gemeinschaft abgelehnt haben. Mit diesem Antrag sollte

1. der Europäische Rat verpflichtet werden, durch seinen Vorsitzenden das Parlament über seine Arbeiten zu unterrichten, bevor dies durch die Presse geschieht,
2. das Konzertierungsverfahren durch die Einsetzung eines ständigen, allgemeinen und von Rat und Parlament paritätisch besetzten Konzertierungsausschuß verbessert und so zu einer Art Vermittlungsausschuß entwickelt werden,
3. der Rat dringend aufgefordert werden, die Position der Gemeinschaftsbürger entsprechend dem Pariser Beschluß der Staats- und Regierungschefs von 1974 durch die Zuerkennung von besonderen Rechten gestärkt und ausgebaut werden,
4. schließlich die nationalen Parlamente gebeten werden, zur Aufwertung der Gemeinschaftspolitik besondere Ausschüsse oder entsprechende ständige parlamentarische Gremien zu schaffen, wo dies noch nicht geschehen ist. Ein solcher Beschluß war schon 1979 von den Parlamentspräsidenten gefaßt worden.

Die Dringlichkeit war, weil noch vor der Direktwahl zum Europäischen Parlament der unbedingte Wille zur Stärkung der Europäischen Demokratie und zum Ausbau der Rechtsposition der Bürger in der Gemeinschaft zum Tragen gebracht werden muß. Beides sind die wesentlichen Elemente der parlamentarischen Demokratie. Auch Christdemokraten und Liberale können nicht andauernd folgende Lippenbekenntnisse in ihrem Wahlprogramm abgeben, die politischen Konsequenzen im Parlament aber dann sabotieren.

Das Europäische Parlament hat gegenwärtig noch in seiner Zusammensetzung aus Abgeordneten mit Doppelmandaten eine stärkere Stellung gegenüber nationalen Parlamenten und Regierungen als später das direktgewählte Parlament. Mit dieser Entscheidung wurde der parlamentarischen Demokratie der Europäischen Gemeinschaft in einer der letzten Sitzungen ein schlechter Dienst erwiesen. (-/24.4.1979/hj/ea)

+

+

+

Zur Erinnerung an den 20. April 1949

---

Schumachers Nein zum Bund Deutscher Länder

Von Annemarie Renger

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Am 19./20. April 1949 fand in Hannover eine Konferenz der Führungsgremien der SPD statt, auf der der Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher zu den am 2. März von den Westalliierten in bezug auf das Grundgesetz erhobenen Forderungen Stellung nahm. Diese Konferenz hat wegen des entschiedenen "Nein" zu diesen Forderungen große Beachtung gefunden. Der entschiedene Widerstand erwies sich schließlich als erfolgreich. Wenige Tage nach der Konferenz gaben die Westalliierten zu verstehen, daß sie zum Nachgeben bereit sind.

Die Vorgeschichte war folgende: Nachdem die Fraktionen des Parlamentarischen Rates in einem interfraktionellen Ausschuß - dem "Fünferausschuß" - in den umstrittenen Fragen der Stellung des Bundesrates, der Finanzverfassung sowie des Verhältnisses Kirche und Staat auf einen sogenannten "großen Kompromiß" geeignet hatten, begann das Plenum des Parlamentarischen Rates am 8. Februar mit der dritten Lesung des vorliegenden Grundgesetzentwurfs. Am 10. Februar wurde der fertige Entwurf des Grundgesetzes den westalliierten Militärgouverneuren vorgelegt. Diese beantworteten ihn am 2. März mit einem Memorandum, in dem sie ihre Zustimmung von einer Änderung der Bestimmungen abhängig machten, die das Verhältnis Bund und Länder betreffen.

Ihre Forderungen liefen auf eine erhebliche Schwächung der Zentralgewalt des Bundes zugunsten der Länder hinaus. So sollte der Bund auf dem Gebiet der konkurrierenden Gesetzgebung nur unter ganz bestimmten Bedingungen ein Gesetzgebungsrecht erhalten, was auf einen Vorrang der Länder in der Gesetzgebung hinauslief. Vor allem aber wurde eine Aufteilung der Finanzgesetzgebung und -verwaltung auf Bund und Länder in zwei gänzlich getrennte Systeme mit einem Übergewicht der Länder gefordert. Die Verwirklichung dieser Empfehlung hätte selbst nach Auffassung von CDU-Abgeordneten, die eher einer Stärkung der Ländergewalten zuzustimmen bereit waren, eine Zerstörung der Rechts- und Wirtschaftseinheit zur Folge haben können. So sagte der Abgeordnete Walter

Strauß (CDU), daß sie "unsere Wirtschaft in die Zeit vor 1866 zurückgeworfen" haben würde.

Während die SPD an dem ausgehandelten "großen Kompromiß" festhielt, wollte die CDU/CSU den alliierten Forderungen weiter entgegenkommen, mit der Begründung, daß "aus nationalen Gründen" ein Fortdauern der "bisherigen staatsrechtlichen Zerstückelung Deutschlands nicht mehr länger vertretbar sei". Demgegenüber schätzte die SPD das politische Risiko einer Ablehnung des Grundgesetzes durch die Alliierten als "sehr gering" ein. So mißlang der Versuch, am 31. März im Interfraktionellen Ausschuß - der "Fünferausschuß" war zu einem "Siebenerausschuß" erweitert worden - zu einer Verständigung zu gelangen.

Die strikte Ablehnung der westalliierten Forderungen begründete Kurt Schumacher auf der Konferenz am 19. und 20. April in einer Rede, die in der Feststellung gipfelte: "Wir wollen unter keinen Umständen - die Entwicklung mag gehen, wie sie will - einen Bund Deutscher Länder. Wir wollen immer nur einen Bundesstaat. Ein völkerrechtlicher Verein der Westdeutschen fördert nichts als unsere Gegnerschaft, in keiner Weise auch nur eine Form, eine Andeutung des Zustimmens." Auf dieser Konferenz wurde schließlich am Abend des 20. April eine Resolution verabschiedet, in der unter anderem gefordert wurde: "Sicherung von ausreichenden Einkommensquellen für den Bund, um der Bundesregierung ihre finanzielle Unabhängigkeit gegenüber den Ländern zu sichern, und Garantie der Rechts- und Wirtschaftseinheit innerhalb des Bundes."

Zur großen Überraschung der Öffentlichkeit gaben die Westalliierten nach. Am 22. April wurde dem Parlamentarischen Rat eine vom 7. April datierte Mitteilung der westalliierten Regierungen übermittelt, in der sie ihre Konzessionsbereitschaft erkennen ließen. Damit wurde der Weg frei für neue Beratungen und für eine Lösung der umstrittenen Frage der Finanzverfassung, die der Zentralgewalt des Bundes eine ausreichende Verfügung über das Finanzaufkommen sicherte. In dieser "freundlichen Note", wie sie genannt wurde, hieß es, daß "im Bereich der Finanzen jeder Vorschlag, der darauf hinzielte, die finanzielle Unabhängigkeit und angemessene Stärke sowohl

den Ländern als auch der Bundesregierung zu sichern..., ein geneigtes Ohr finden werde". Auf dem Gebiet der konkurrierenden Gesetzgebung wurde jede Lösung als annehmbar bezeichnet, die "der Bundesregierung genügend Vollmachten in den wichtigsten Regierungsbereichen sicherte, um sie in die Lage zu versetzen, sich in wirksamer Weise mit jenen Gebieten zu befassen, in denen wesentlich und notwendigerweise die Interessen von mehr als einem Lande mitspielten". Infolgedessen konnte der Parlamentarische Rat zwei Wochen später, am 8. Mai 1949, den endgültigen Entwurf des Grundgesetzes mit großer Stimmenmehrheit verabschieden.

Von verschiedenen Seiten ist damals vermutet worden, daß Schumacher schon vor der Konferenz in Hannover von der Konzessionsbereitschaft der Westalliierten erfahren hat, so daß es ihm nicht schwerfiel, auf einem so entschiedenen Nein zu beharren. Behauptungen und Vermutungen darüber wurden damals in der deutschen und ausländischen Presse verbreitet. Rudolf Morsey schreibt, daß sich heute noch nicht sagen läßt, ob die damals in dem späteren Bundestagswahlkampf leidenschaftlich umstrittene Behauptung zutrifft, daß Mitglieder der SPD-Delegation anlässlich einer Beratung von Vertretern des Parlamentarischen Rates am 14. April mit den Militärgouverneuren durch Angehörige der Britischen Militärregierung vertraulich über die Konzessionsbereitschaft der Alliierten informiert worden seien. "Es gibt gewichtige Belege dafür und andere dagegen."

Im Gegensatz dazu verweise ich auf die eindeutige Erklärung Kurt Schumachers, daß weder er selbst noch andere Sozialdemokraten einen entsprechenden Hinweis erhalten haben. Ich weiß aus meiner ständigen Gegenwart bei dem damals für eine lange Zeit Erkrankten, daß in dieser Frage ein Kontakt mit britischen Stellen nicht stattgefunden hat.

Um möglichen Vorwürfen einer unterschiedlich starken patriotischen Gesinnung bei den einzelnen Parteien zu begegnen, einigten sie sich auf einer Zusammenkunft Ende April 1949 auf die folgende Resolution: "Auf der Grundlage monatelanger Zusammenarbeit sind die Mitglieder der CDU/CSU, SPD, FDP und der Zentrumspartei des Parlamentarischen Rates auf dem Wege der zwischenparteilichen Zusammenkunft zu der Überzeugung gelangt, daß sie alle in ihren Entscheidungen ausschließlich von deutschen Gesichtspunkten geleitet wurden und keinerlei fremden Einflüssen unterlagen. Im Interesse des deutschen Volkes sind sie gewillt, in loyaler Zusammenarbeit die ihnen übertragene Aufgabe, die das Schicksal Deutschlands entscheiden wird, erfolgreich zu Ende zu führen." Dieses Dokument wurde von Robert Lehr (CDU), Carlo Schmid (SPD) und Thomas Dehler (FDP) unterzeichnet.

(-/24.4.1979/ks/ca)

Dokumentation

Erklärung der Kandidatinnen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die  
-----  
erste Direktwahl zu einem Europäischen Parlament  
-----

Die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament ist für die Frauen in Europa eine Chance und eine Herausforderung zugleich, sich von Anfang an am Aufbau einer demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft und einer europäischen Friedensordnung zu beteiligen.

Gemeinsames Ziel aller Sozialdemokraten in Europa ist, ein Europa in Frieden, mit mehr Freiheit und Solidarität aufzubauen.

Sozialdemokratische Frauen in Europa werden sich dafür einsetzen, daß die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie das Recht auf Arbeit sich in eine Politik der Gleichstellung der Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft umsetzen.

Überkommene Vorstellungen und einseitige Leitbilder von der Rolle der Frau, unzureichende Bildung und Berufsausbildung, fehlende Berufsausbildungspflicht für Jungen und Mädchen, die Existenz eines nach Männern und Frauen geteilten Arbeitsmarktes, das unvollkommene System gesellschaftlicher Hilfen für die Betreuung von Kindern, kranker und pflegebedürftigen Familienangehörigen und die Doppelbelastung durch Haushalts- und Erziehungspflichten nehmen den Frauen in der Europäischen Gemeinschaft die Chance, ihre Rechte in eine tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung umzusetzen, beziehungsweise sich ihre rechtliche Gleichstellung zu erkämpfen.

Die Europakandidatinnen der SPD werden sich im direkt gewählten Europäischen Parlament besonders dafür einsetzen, daß

- die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Männer und Frauen gleichberechtigt am Erwerbsleben teilnehmen können. Das Europäische Parlament sollte jährlich einen Bericht der EG-Kommission über die in den Mitgliedsstaaten durchgeführten Maßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt diskutieren.

Diese Berichte sollten nicht nur die Fragen des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit aufgreifen, sondern ebenfalls Maßnahmen zur Erreichung gleicher Chancen in der beruflichen Bildung und Ausbildung, beim Zugang zum Beruf sowie bei der beruflichen Weiterbildung und dem beruflichen Aufstieg erfassen.

- die von der EG-Kommission erlassene Richtlinie zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit durch weitere Maßnahmen ergänzt werden, wie zum Beispiel die rentenrechtliche Anerkennung von beschäftigungslosen Zeiten wegen Schwangerschaft und Kindererziehung. Langfristig soll ein 18-monatiger Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie eingeführt werden, der zwischen Vater und Mutter aufteilbar sein muß.
- eine unabhängige Gleichstellungskommission auf EG-Ebene eingerichtet wird. Sie soll Diskriminierungen von Frauen aufgreifen. Außerdem soll sie die Aufgabe haben, die von der EG-Kommission initiierten Richtlinien, Verordnungen und Förderungsprogramme von Frauen und alle EG-Richtlinien und Verordnungen auf den Gleichstellungsgrundsatz zu überprüfen.

In den einzelnen Mitgliedsstaaten soll die Gleichstellungskommission die Anwendung

der EG-Richtlinien zugunsten der Frauen kontrollieren.

- das "Frauenbüro" der EG zu einer eigenen "Generaldirektion" umgestaltet wird,
- Frauen bei den europäischen Behörden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden, verstärkt auch für Aufgaben mit besonderer Verantwortung. Bei Beförderung und beruflichem Aufstieg innerhalb der EG-Behörden müssen Frauen die gleichen Chancen eröffnet werden wie den Männern.
- der Sozial- und Regionalfonds zugunsten arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für Frauen aufgestockt werden. Maßnahmen für berufliche Bildung, Umschulung und berufliche Wiedereingliederung von Frauen sollte aus diesen Fonds besonders gefördert werden.

Ein Kriterium für die Vergabe von Förderungsmitteln soll eine Quotierung zugunsten der Beteiligung von Frauen sein.

- die Gewerkschaften bei der Einführung der 35-Stunden-Woche unterstützt werden, um die Arbeitswelt humaner und familiengerechter zu gestalten. In der Verkürzung der Arbeitszeit ist eine Chance zu sehen, auch Männer stärker an ihre Familien- und Erziehungspflichten heranzuführen.

Eine flexible Gestaltung der Jahres-, Wochen- und Tagesarbeitszeit und die Herabsetzung der Lebensarbeitszeit ist im Interesse der Familien anzustreben.

Nur ein soziales, gerechtes und freiheitliches Europa, für das sich Sozialdemokraten in ihrer hundertjährigen Geschichte immer aktiv eingesetzt haben, kann den Frieden auf Dauer garantieren.

Frauen erkennen in besonderem Maße die Notwendigkeit einer europäischen Friedenspolitik des äußeren und inneren Ausgleichs zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd.

Die Europakandidatinnen der SPD fordern daher:

- Eine Erziehung zum Frieden, insbesondere der Jugend, vom zwischenmenschlichen bis zum internationalen Bereich,
- ein völkerrechtliches Verbot der Produktion von Massenvernichtungswaffen,
- eine schrittweise und kontrollierte Abrüstung,
- eine Entwicklung gewaltfreier Konfliktlösungsmodelle anstelle des militär- und machtpolitischen Sicherheitsdenkens,
- ein Verbot von Waffenexport und Waffenhandel,
- eine Umstellung freiwerdender Rüstungsindustriekapazitäten für sozial nützliche Vorhaben,
- eine neue Weltwirtschaftsordnung, ein neues Wirtschaftsvölkerrecht und eine neue internationale Arbeitsteilung, die den Bedürfnissen und Interessen der Dritten Welt Rechnung tragen, die das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zwischen den Staaten verwirklichen helfen und grundsätzlich frauenrelevante und frauenspezifische Vorhaben in die Entwicklungspolitik einbeziehen.

(-/24.4.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl